Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für das Elbgebirge

chsische Elbzeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Bürgermeisters zu Bad Schandau und des Finanz-
Sebnitz. Heimatzeitung für Bad Schandau mit seinen Ortsteilen Ostrau und Postelwitz und die Landgemeinden
rf, Goßdorf mit Kohlmühle, Kleingießhübel, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Porschdorf, Prossen, Rathmannsdorf,
rdetsdorf, Schmilka, Schöna. Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke, Bad Schandau,
traße 134, Fernruf 22. Postscheckkonto: Dresden 33327. Girokonto: Bad Schandau 3412. Volksbank Bad Schandau 620.
tzeit: wochentags 8—12 und 14—18 Uhr. Annahmeschluß für Anzeigen 10 Uhr, Familienanzeigen 11 Uhr vorm.

Die Sächsische Elbzeitung erscheint an jedem Wochentag nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis: monatlich frei Haus 1.85 RM. (einschl. Botengeld), für Selbstabholer monatlich 1.65 RM., durch die Post 2.- RM., zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf., mit Illustrierter 15 Rpf. Nichterscheinen einzelner Nummern u. Beilagen infolge höherer Gewalt, Betriebsstörung usw. berechtigt die Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Zeitungslieferung u. Erfüllung von Anzeigenaufträgen. Anzeigenpreise: Der Raum von 1 mm Höhe und 46 mm Breite kostet 7 Rpf., im Textteil 1 mm Höhe und 90 mm Breite 22,5 Rpf. Ermäßigte Grundpreise, Nachlässe und Beilagengebühren lt. Anzeigenpreisliste. Erfüllungsort Bad Schandau.

chenbeilagen: Unterhaltung und Wissen, Das Unterhaltungsblatt

Zum Wochenende, Illustrierte Sonntagsbeilage Das Leben im Bild

. 65 — Bad Schandau, Sonnabend den 16. März 1940 — 84. Jahrgang

Deutsche Ordnung im Osten

Kommunalpolitische Arbeitstagung in Kattowitz

Die Reichsarbeitstagung des Hauptamtes für Kommunal-
it der NSDAP., die vom 15. bis 17. März in Kattowitz
geführt wird, wurde in Anwesenheit des Reichsministers
Frick im festlich geschmückten Stadttheater mit einer
unalpolitischen Kundgebung eingeleitet. Die Tagung ist,
Reichsleiter Fiehler erklärte, dazu berufen, die Richtlinien
en kommunalpolitischen Einsatz der Partei festzulegen.

Das erste Hauptreferat hielt Reichsminister Dr. Frank
„Nationalsozialistische Rechtspolitik und Verwaltung".
ing dabei von seiner Tätigkeit im Generalgouvernement
das als großer Selbstverwaltungsbereich, unmittelbar
r dem Führer stehend, eine geschichtliche Aufgabe zu er-
n habe. In Polen war eine Regierung ohne Volk,
Volk ohne Regierung, beide aber waren ohne ge-
tliche Berufung, einen eigenen Nationalstaat aufzurichten.
sich an Korruption überhaupt nur denken lasse, in
n sei es zu Hause gewesen. Offizielle Institutionen waren
flich. Diese Regierung demokratischen Verfalls, die unter
deutschen Schwert zusammenbrach, sei ein typischer Repräant jener Denkweise, die heute noch in dem sogenannten
treich England und in der sogenannten freien Republik
nkreich herrsche. Dr. Frank betonte dann:

„Und mag die heuchlerische Welt die Augen schließen, wir
en nicht müde werden, daran zu erinnern, wie das deutsche
in Polen mißhandelt worden ist. Wir werden es nicht
essen, wie man unsere deutschen Volksgenossen unter dieser
ischen Wirtschaft zu Tode schleifte und marterte, wie man
n Tausenden niedermetzelte. Wir werden als Ankläger
reten gegen dieses geschichtlich einmalige Wüten des polni-
n Untermenschentums gegen unsere deutschen Volksgenossen
hemaligen polnischen Staate!"

Zur jetzigen Lage im Gouvernement unterstrich Dr. Frank,
das Gouvernement vom Führer bestimmt ist, dem polni-
n Volk eine Heimstätte zu sein. Die Führung in dieser
mstätte aber habe Deutschland! In seinen Schlußausführun-
behandelte Dr. Frank noch einige Verwaltungseinrichtungen
teilte dabei mit, daß im Generalgouvernement eine natio-
ozialistische Musterverwaltung aufgerichtet werde

Das polnische Volk werde heute so sauber und so gut regiert wie noch nie. Während früher die polnische Monopolverwaltung 40 Prozent ihrer Reineinnahmen für persönliche Bereicherungen der polnischen Staatsführung habe opfern müssen, so würden diese Einnahmen heute ausschließlich dem Volke zugute kommen.

Reichsleiter Fiehler sprach über die kommunale Arbeit im Kriege und betonte, die Gemeinden hätten im Kriege die Pflicht, jeden Einbruch in die innere Front des deutschen Volkes auszuschließen.

Reichsinnenminister Dr. Frick

behandelte das Thema „Gemeindeverwaltung im Kriege". An die deutschen Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeindebeamten allgemein gewandt, stellte der Minister fest, daß die sechs verflossenen Kriegsmonate den Beweis dafür erbracht hätten, daß die Arbeit, die die nationalsozialistische Staatsführung nach der Machtübernahme auf dem Gebiete des Gemeindewesens geleistet habe, gut und richtig gewesen sei, und daß die Gemeinden und Gemeindeverbände selbst die Bewährungsprobe des Krieges bisher in vollem Umfange bestanden hätten.

Wenn schon heute diese erfreuliche Zwischenbilanz gezogen werden könne, so sei dies im wesentlichen auf drei Umstände zurückzuführen: auf die Einführung der Gemeindeordnung, die Ordnung der Kommunalfinanzen und den Einsatz der Persönlichkeiten, deren Vorhandensein für die Kriegsbewährung der Verwaltung ausschlaggebend sei. Zur Finanzlage der Gemeinden betonte der Minister, daß es seine vornehmste Sorge sei, darauf zu achten, daß die Finanzwirtschaft der Gemeinden und Gemeindeverbände trotz aller Anspannung in Ordnung bleibe, und daß das Opfer, das auch die kommunalen Körperschaften bringen müßten, nicht zu einer untragbaren Belastung führe.

Zusammenfassend stellte Reichsminister Dr. Frick fest, daß die in der Zwischenzeit getroffenen Maßnahmen auf finanziellem Gebiet im großen und ganzen die befürchteten Fehlbeträge für das Rechnungsjahr 1939 beseitigten und den Ausgleich der Haushaltspläne für 1940 im allgemeinen ermöglichen würden.

Englische Willkür

Behinderung griechischer Schiffe durch die Engländer

Seitdem England die Blockade gegen Deutschland erklärt
haben im wahrsten Sinne des Wortes die Hoheitsge-
er der neutralen Staaten aufgehört zu bestehen. England
hat mit den neutralen Staaten in einer Weise um, als
sie zum englischen Kolonialreich gehörten. Besonders hat
chenland unter den anmaßenden Methoden der Schiffs-
rsuchungen und Verschleppungen zu leiden.

Derjenige Teil der bedeutenden griechischen Handelsflotte,
den Verkehr zwischen dem Mutterlande und den fruchtn griechischen Inseln versieht und die griechische Bevölkern mit wichtigen Lebensmitteln von den Inseln zu versorhat, wird durch die englischen Maßnahmen schwer getroff
Durch langwierige Untersuchungen wird der Transport
Nahrungsmitteln erschwert und erheblich verzögert. Kann
ein Dampfer oder Segler die Ladung an Bord genommen,
auch schon die Zentrale des in Griechenland arbeitenden
lischen Intelligence Service in Tätigkeit. Unter
Verdächtigung, daß sich für Deutschland bestimmte Bannware an Bord befinde, werden die griechischen Dampfer
Verlassen des Hafens von bewaffneten Handelsschiffen
Kriegsschiffen angehalten und untersucht.

Oft werden die griechischen Dampfer zur Untersuchung nach
lta verschleppt. Die Reisenden werden tagelang an Bord
alten, und teilweise erleiden die Reedereien außerordent-
große Verluste an Zeit und Geld.

Tragisch wirkt sich eine solche unfreiwillige „Spazierfahrt"
die Reisenden des griechischen Passagierdampfers „Fryn-
aus. Das Schiff wurde eine Stunde vor dem Hafen Volo
einem englischen Kriegsschiff gezwungen, nach Malta zu
en. Der „Fryton" hatte u. a. achtzig Zwischendeckpassagiere
Bord, die weder Nahrungsmittel noch Geld besaßen, um
in Malta etwas kaufen zu könne. Die Reise, die normal
wenigen Stunden durchgeführt wird, dauerte zehn Tage.

Ein ähnliches Schicksal erlitt der 27 000-Tonnen-Atlan-
Passagierdampfer „Nea Hellas". Dieses Schiff befand sich
150 Passagieren auf der Heimreise von Newyork nach
äus. Vor der Ausfahrt in Newyork hatte der dortige eng-
e Konsul eine Kontrolle vorgenommen und die Papiere
Ordnung befunden. Trotzdem wurde das Schiff von den
ländern in Gibraltar angehalten und nochmals untersucht.
der Weiterreise mußte sich das Schiff einer nochmaligen Durchsuchung unterziehen. Als sich dann der Dampfer in den britischen Hoheitsgewässern bei Kap Matapan befand, wurde er von einem englischen Dampfer durch Funkspruch zum Stoppen veranlaßt. Der englische Dampfer funkte die Anfrage, ob ein Arzt an Bord der „Nea Hellas" sei, da sich auf dem englischen Schiff ein Schwerkranker befinde, der unbedingt Hilfe brauche. „Nea Hellas", nichts Böses ahnend, bejahte und erklärte sich bereit, einen Arzt zu entsenden, stoppte und erwartete von dem bewaffneten Handelsdampfer die Barke, um den Arzt abzuholen. Stattdessen kamen etwa dreißig schwerbewaffnete Engländer an Bord des Schiffes, besetzten es und erklärten, es befänden sich Kriegskonterbande für Deutschland an Bord. Aus diesem Grunde müsse das Schiff nach Malta übergeführt werden. Alle Proteste fruchteten nichts. Den Heimathafen vor Augen mußte „Nea Hellas" die Rückreise nach Malta antreten, wo dann die englischen Behörden das Schiff freigeben mußten.

26. März bis 6. April — ein wichtiger Termin!

Jeder Volksgenosse merkt sich diesen Sammeltermin für die freiwillige Spende kriegswichtiger Metalle (Kupfer, Bronze, Messing, Zinn, Blei, Nickel) als Geschenk des deutschen Volkes zum Geburtstag des Führers.

Aufklärung über Ostfrankreich und der Nordsee

Britisches Vorpostenfahrzeug versenkt

Berlin, 16. März. Das Oberkommando der Wehrmacht
bekannt:

Im Westen keine besonderen Ereignisse.

Die Luftwaffe klärte über Ostfrankreich und der gesamten
dsee auf. Hierbei wurden britische Vorpostenfahrzeuge ange-
fen. Eines derselben wurde versenkt, ein anderes schwer be-
digt.

Neuordnung Ostasiens wird nicht aufgegeben

Die Frage der Anerkennung der chinesischen Nationalregierung

In Widerlegung falscher Gerüchte und irriger Auffassungen, daß ein Mangel an Mitteln die Kriegführung Japans bestimmen könne, erklärte der Sprecher des japanischen Militärs: „Japan wird den Plan der Neuordnung Ostasiens nicht auf halbem Wege aufgeben, denn Japan hat die Mittel, diese Neuordnung zu verwirklichen. Japan kann ohne Schwierigkeiten ein Heer von zwei bis drei Millionen Soldaten entsenden, und was die Vorräte an Kriegsmaterial anbelangt, so hat Japan bei der augenblicklichen und selbst bei noch größerer Beanspruchung genügend Vorräte für einen Krieg von mindestens zwei bis drei Jahren Dauer aufgestapelt."

Zu der Frage der Anerkennung der neuen Nationalregierung in China, deren Einsetzung in unterrichteten Kreisen für Anfang April vorausgesagt wird, führte der Sprecher aus, daß die Ignorierung der kommenden Wangtschingwei-Regierung den fremden Mächten noch schwerer fallen würde, als dies seinerzeit in Mandschukuo der Fall war. Im übrigen wies der Sprecher darauf hin, daß trotz anfänglicher gegenteiliger Erklärungen die fremden Mächte heute mit den Behörden Mandschukuos verhandelten. Sollten übrigens die fremden Mächte gegenüber der neuen chinesischen Nationalregierung eine derartige ignorierende Haltung einzunehmen versuchen, so würden in den besetzten Gebieten Chinas die dort ansässigen Angehörigen solcher Mächte in Ausübung ihrer Handelstätigkeit die Leidtragenden sein.

Das Neueste kurz gefaßt

* Die Mailänder „Relazioni Internazionali" unterstreicht die Gradlinigkeit der faschistischen Politik und stellt fest, daß die deutsch-italienische Freundschaft immer weiter wirksam sei.

* Die „Thurgauer Zeitung" (Schweiz) stellt fest, daß der Artikel des Pariser „Temps" über die Kriegsausweitungsversuche vor allem in den neutralen Nachbarstaaten Frankreichs mit größter Aufmerksamkeit notiert werden müssen. Es spräche daraus der Entschluß der Westmächte, sich künftig nicht mehr an die international sanktionierten Spielregeln zu halten.

* Die Faschistische und Korporative Kammer hat am Freitag in Anwesenheit des Duce den Voranschlag des Luftfahrtministeriums für das Haushaltsjahr 1940/41 genehmigt. Der Kammer ist ferner ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach das Kriegsministerium ermächtigt wird, bis zum 30. 6. über die im Voranschlag vorgesehenen Ausgaben hinaus weitere 8 Milliarden Lire für die Landesverteidigung anzusetzen.

* Nach einer Moskauer Meldung treffen aus den englischen Kolonien immer neue Nachrichten von Protestkundgebungen, Beschwerden und Streiks ein. So wurde auf der Insel Cypern ein 24stündiger Generalstreik durchgeführt. In Singapur lehnten streikende Arbeiter Vorschläge der Regierung ab. Die Behörde droht nunmehr mit Entlassungen.

* Der Sprecher des japanischen Außenamtes veröffentlicht ein Erklärung, wonach alle Meldungen über die Erzielung eines Uebereinkommens mit England in der Silberfrage unrichtig seien.

Finnland konnte nicht mehr warten

Die Gründe der finnischen Friedensbereitschaft.

Das Stockholmer „Aftonbladet" nimmt zu der Frage, warum Finnland seinen Kampf aufgegeben habe, Stellung. Eigentlich zum ersten Male wird hier betont, daß die Russen die letzten Stellungen der Mannerheim-Linie erreicht hatten und daß hinter diesen keine weiteren Verteidigungslinien mehr lagen. Dazu sei die russische Artillerie der finnischen derart überlegen gewesen, daß man nicht mehr auf Hilfe von außen habe warten können, weil diese sowieso zu spät gekommen wäre. Dazu hätten sich die Russen eine Flankenstellung westlich von Wiborg geschaffen, durch die die Eisenbahnlinie ins Hinterland stark bedroht gewesen wäre. Wenn auch der Fall von Wiborg nicht den Fall Finnlands bedeutet hätte, so wäre die Lage für die ermatteten Truppen doch viel ernster gewesen, als Schweden sie sich vorgestellt habe. Finnland habe seinen Weg gewählt, weil es verstanden habe, daß es besser sei, einen Teil seines Landes abzutreten, als später das ganze.

Finnischer Reichstag ratifizierte Friedensvertrag mit der Sowjetunion

Helsinki. In der Vollsitzung des Reichstages am Freitag wurde der Friedensvertrag mit der Sowjetunion unverzüglich ratifiziert. Von den 200 Mitgliedern des Reichstages waren 148 anwesend, die nichtanwesenden Mitglieder befinden sich noch im Militärdienst. Wie offiziell mitgeteilt wurde, ergab die in der 2½ Stunden währenden Sitzung nach einer Rede des Ministerpräsidenten Ryti vorgenomme Abstimmung 145 Stimmen für die Ratifikation.

„Lage beträchtlich geändert" — „Zu Gunsten Deutschlands verlagert"

Die „Washington Post" zu den Auswirkungen des russisch-finnischen Friedensvertrages

Washington. Welch tiefen Eindruck der Abschluß des russisch-finnischen Friedensvertrages auf die hiesige Regierung gemacht hat, geht aus einem Leitartikel der Hull nahestehenden „Washington Post" hervor, welche am Freitag erklärt, daß das Zeitelement infolge des russisch-finnischen Friedens sich zu Gunsten Deutschlands verlagert habe. Dies sei vielleicht die wichtigste Folge dieses Abkommens. Solange Rußland gegen Finn-

Unser Dank dem Führer!

❖ Adolf Hitler hat das freie und starke Großdeutschland geschaffen. Im Schutze seiner Wehrmacht kann das deutsche Volk ungestört seiner friedlichen Aufbauarbeit nachgehen. Wir wissen, daß der Kampf, den uns die plutokratischen Kriegsverbrecher aufgedrängt haben, mit dem deutschen Siege enden wird, weil der Führer in seiner unendlichen Liebe zum deutschen Volk alle Maßnahmen traf, die den Sieg Großdeutschland garantieren.

Das

wollen wir unserem Führer danken

und jeder dazu beitragen, daß die Geburtstagsgabe des deutschen Volkes, zu der Generalfeldmarschall Hermann Göring das deutsche Volk aufgerufen hat, ein so großer Erfolg wird, der dem tiefen Danke des deutschen Volkes zu seinem Führer weitestgehend entspricht. Unser Dank an den Führer ist die Tat.

Die Metallspende des deutschen Volkes soll alle

Erwartungen übertreffen!

SLUB
Wir führen Wissen.